

Schweiz

Hier liegen die heissen Zonen bei der Zuwanderungsfrage

Der Bundesrat will eine zweite Grundsatzabstimmung über die Zuwanderung. Ob sie anders ausfällt als die letzte, entscheidet sich in einigen wenigen Kantonen.

Alan Cassidy

In diesen Wochen lässt er sich wieder schön beobachten, der Kampf der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten um die «Battleground States»: jene Staaten, in denen der Wahlausgang offen ist, weil die politischen Mehrheiten oft wechseln. Auf diese Staaten konzentriert sich die meiste Aufmerksamkeit, dorthin fliesst das meiste Geld. Was Ohio oder Florida für Amerika, sind Graubünden oder Bern für die Schweiz - zumindest, wenn es um die nächste Grundsatzabstimmung über Europa geht.

Diese Grundsatzabstimmung ist seit Mittwoch ein Stück nähergerückt. Der Bundesrat will der Rasa-Initiative einen direkten Gegenvorschlag entgegenstellen. Und auch wenn der genaue Inhalt vorerst unbestimmt bleibt, ist das Ziel definiert: Der Zuwanderungsartikel, der seit dem Abstimmungssieg der SVP am 9. Februar 2014 in der Verfassung steht, soll abgeschwächt, die bilateralen Verträge sollen gesichert werden. Nötig ist dafür aber nicht nur eine Mehrheit der Stimmbürger, sondern auch eine Mehrheit der Kantone. Das heisst: mindestens 12 Ständesstimmen.

3,5 Kantone müssen kippen

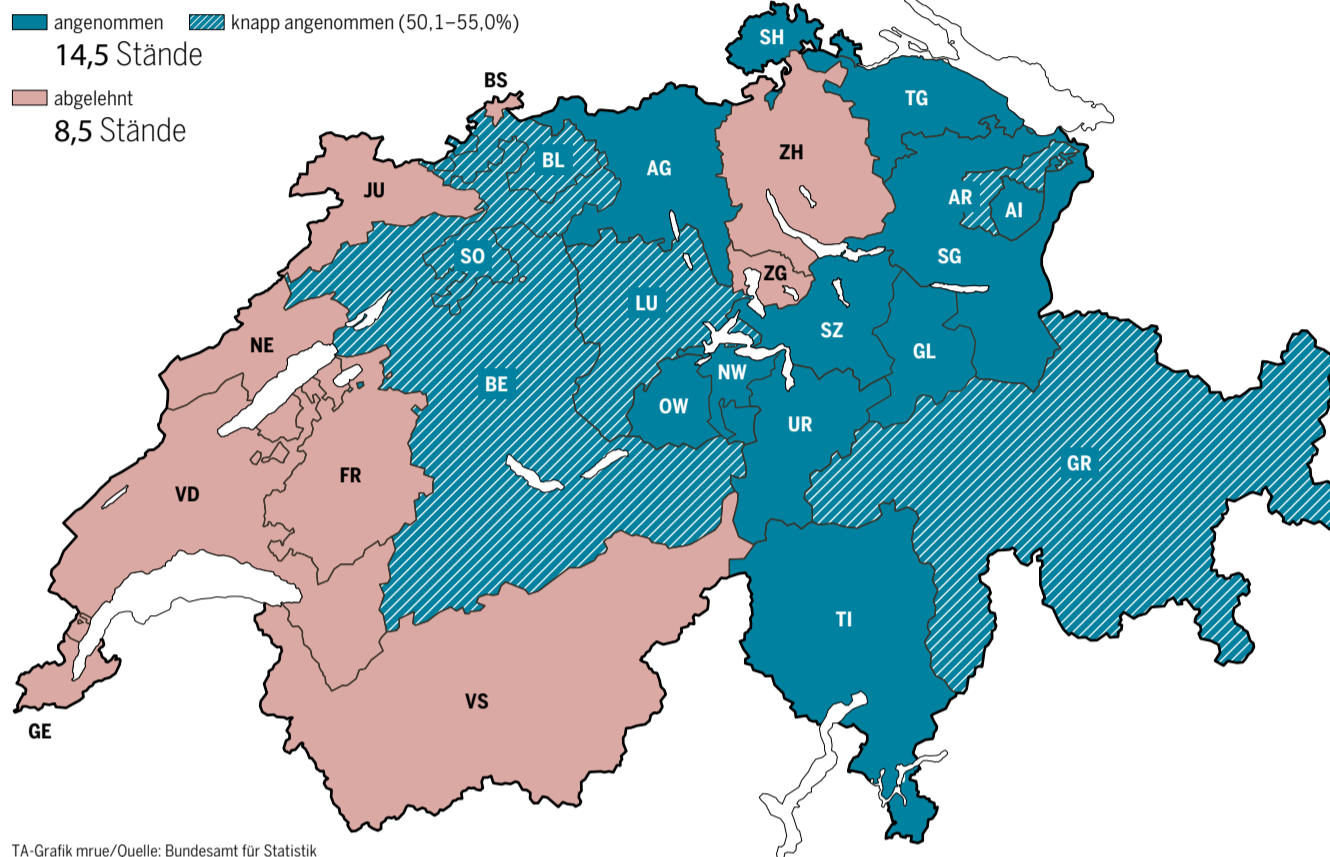
Ein Blick zurück auf das Ergebnis vom 9. Februar 2014 zeigt, was das für die Befürworter eines Rasa-Gegenvorschlags heisst. 12 Kantone und 5 Halbkantone stimmten der Masseneinwanderungsinitiative zu - das sind 14,5 Ständesstimmen. 8,5 Ständesstimmen waren dagegen. Um das Ergebnis zu wenden, brauchen die Gegner der SVP also mindestens 3,5 Ständesstimmen. «Ich habe wenig Angst, dass ein Gegenvorschlag nicht das Volksmehr erreichen würde», sagt der Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch. «Beim Ständemehr wird es aber schwierig.»

Zu den Schweizer «Swing States» könnten vor allem jene Kantone werden, die nur knapp Ja sagten zur SVP-Initiative. Neben Graubünden und Bern sind das Baselland (halbe Ständesstimme), Luzern, Appenzell Ausserrhoden (halbe Ständesstimme) und Solothurn. In all diesen Kantonen lag die Zustimmung unter 55 Prozent. Nirgendwo war die Mehrheit dabei kleiner als in Graubünden, wo 50,6 Prozent der Stimmentenden die Initiative annahmen.

«Das wäre heute anders», sagt Jon Pult, Präsident der Bündner SP. Seit der Abstimmung 2014 und seit dem Frankenschok sei im Kanton das Bewusst-

Welche Stände die Masseneinwanderungsinitiative angenommen und welche sie abgelehnt haben

angenommen 14,5 Stände
knapp angenommen (50,1–55,0%)
abgelehnt 8,5 Stände



TA-Grafik mruel/Quelle: Bundesamt für Statistik

sein gewachsen, dass man sich als Tourismusregion keine «Abschottungspolitik» leisten könne. Würde man die Einwanderung mit Kontingenten begrenzen, wären die Bergkantone die Leidtragenden, sagt Pult. Für den Erhalt der bilateralen Verträge werde sich auch die Kantonsregierung stark einsetzen. Kurz: «In unseren Tourismus- und

Industriegebieten wird es für einen Rasa-Gegenvorschlag eine starke Mobilisierung geben.»

Der Eindruck der Zwängerei

Auf einen Meinungsumschwung hofft auch der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni. 54,4 Prozent der Bürger seines Kantons stimmten der Masseneinwanderungsinitiative zu. Darunter seien bestimmt viele gewesen, die davon ausgingen, dass sich die Initiative dank Verhandlungen mit der EU mit den Bilateralen vereinbaren liesse, sagt Caroni. «Diese Leute erhalten nun die Chance, sich ein zweites Mal auszudrücken.»

Indizien dafür, dass zumindest einige Kantone heute anders stimmen würden, gibt es. Die Demoskopien des GFS-Instituts kamen kürzlich in einer Studie für Interpharma zum Schluss, dass Bern die Zuwanderungsinitiative heute wohl ablehnen würde. Luzern wäre dagegen wohl immer noch im Ja-Lager.

Schon heute klar ist, wie ein Rasa-Gegenvorschlag von der SVP bekämpft werden wird: als unnötige Wiederho-

lung der Abstimmung vom 9. Februar 2014 - als Zwängerei. Diesem Narrativ stellen die SVP-Gegner bereits jetzt ein eigenes entgegen. «Diese Abstimmung ist nicht einfach eine Wiederholung, das wird eine fundamental andere Frage», sagt BDP-Präsident Martin Landolt. Seit 2014 sei viel passiert: der Brexit-Entscheid, die gestoppte Schweizer Teilnahme am EU-Forschungsprogramm Horizon, die tiefere Zuwanderung. «Eine neue Abstimmung wäre weniger von Symbolik geprägt», sagt Landolt.

Einig scheinen sich die SVP und ihre Gegner in einem Punkt: wie ein doppeltes Nein der Stimmbürger zu Rasa und zum Gegenvorschlag zu werten wäre. SVP-Präsident Albert Rösti sagt: «Es wäre eine weitere Bestätigung, dass das Parlament den Zuwanderungsartikel ungenügend umgesetzt hat und nachbessern muss.» Nach dem Nein zum Gegenvorschlag wäre «eine buchstäbliche Umsetzung» der Zuwanderungsinitiative unumgänglich, sagt auch Landolt - «mit allen fatalen Folgen».

Umsetzung der Zuwanderungsinitiative

SVP appelliert an die Kantonsvertreter

Ständeräte aus Kantonen, die der Zuwanderungsinitiative zugestimmt haben, müssten für eine harte Umsetzung votieren, fordert die SVP.

Markus Häfliger

Im Ringen um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative bringt die SVP ein neues Argument ins Spiel. Die Partei versucht, die Ständeräte bei ihrem Selbstverständnis als Kantonsvertreter zu packen. 17 der 26 Stände - zwölf Voll- und fünf Halbkantone - haben am 9. Februar 2014 der SVP-Masseneinwanderungsinitiative zugestimmt. Nun sei es Aufgabe der Ständeräte dieser Kantone, den Willen ihrer Kantonsbevölkerungen umzusetzen, verlangten SVP-Vertreter vor den Medien.

Konkret fordert die SVP, dass der Ständerat in der Dezember-Session die vom Nationalrat beschlossene sehr weiche Umsetzung der Initiative im Sinne des Verfassungstexts stark verschärfen - auch um den Preis des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU. Es sei klar, «dass das Freizügigkeitsabkom-

men so nicht weiterführbar» sei, sagte SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz. «Wenn die EU das nicht einseht, muss man das Abkommen kündigen.»

Der Schwyzer SVP-Ständerat Peter Föhn rechnete vor, dass 29 der 46 Ständeräte aus Kantonen stammen, die der Initiative zugestimmt hatten. Damit sollte er «also eine Mehrheit bekommen» für eine verfassungstreue Umsetzung der Initiative, meinte Föhn. In der staatspolitischen Kommission, die die Vorlage in den nächsten zwei Wochen behandeln wird, stammen sogar 10 der 13 Mitglieder aus zustimmenden Kantonen. Präsiert wird die Kommission von Föhn selber. Föhn präsentierte vor den Medien ein Gesetzeskonzept, mit dem er die Initiative wörtlich umsetzen will - inklusive der Höchstzahlen und Kontingente, die im Widerspruch zum Freizügigkeitsabkommen stehen. Eine Obergrenze für die Zuwanderung nennt die SVP allerdings weiterhin nicht.

«Beispielloser Verfassungsbruch» Absehbare Probleme mit der EU seien kein Grund, auf eine harte Umsetzung der Initiative zu verzichten, argumentieren die SVP-Vertreter. «Das Volk nahm ganz bewusst gewisse negative

Folgen des Entscheids in Kauf», sagt Föhn. Amstutz warf dem Nationalrat erneut vor, mit seinem «Inländervorrang light» einen beispiellosen Verfassungsbruch begangen zu haben.

Das Umsetzungskonzept der SVP enthält allerdings eine gewichtige Ausnahme. Kurzaufenthaltsbewilligungen unter neun Monaten sollen nicht beschränkt werden; Gastarbeiter mit solchen Bewilligungen arbeiten primär im Tourismus, auf dem Bau und in der Landwirtschaft. Diese Ausnahme begründet die SVP damit, dass solche Kurzaufenthalter keine Familie mitbrächten, nach neun Monaten wieder nach Hause gingen und nicht den Sozialversicherungen zur Last fielen. Es entspreche dem früheren Saisonierstatut, welches gar nicht so schlecht gewesen sei, meinte Föhn.

Bisher gibt es allerdings keine Anzeichen, dass die Argumente der SVP bei der Mehrheit der Ständeräte verfangen würden. Für den Fall, dass die SVP im Parlament nicht durchdringe, bleibe nur noch ein Ausweg: die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens, sagte Christoph Blocher. Falls der Bundesrat dies nicht von sich aus tue, «werden wir eine Volksinitiative auf Kündigung des Freizügigkeitsabkommen machen».

Weniger Zuwanderung Rückläufiger Trend hält an

Der Migrationsdruck lässt weiter nach. Von Januar bis September 2016 ist netto fast ein Fünftel weniger Personen in die Schweiz eingewandert als in der Vergleichsperiode des Vorjahrs. Dies teilte das Staatssekretariat für Migration (SEM) mit. Schon 2014 und 2015 ging die Zuwanderung zurück. Unter dem Strich wuchs die ständige ausländische Wohnbevölkerung in diesem Jahr noch um 44 300 Personen. Gegenüber den ersten neun Monaten 2015 bedeutet dies ein Minus von 18,3 Prozent. Gemäss SEM hat der Wanderungssaldo sowohl bei den Staatsangehörigen der EU- und EFTA-Länder (-20,8 Prozent) als auch bei Drittstaatsangehörigen (-13 Prozent) abgenommen. Hauptgrund für den Zuzug bleibt die Erwerbstätigkeit. Insgesamt kamen fast 104 000 Personen aus dem EU- und EFTA-Raum, um hier zu arbeiten. In dieser Zahl sind auch die Inhaber einer Kurzaufenthaltsbewilligung eingerechnet. Weniger Menschen kamen auch im Rahmen des Familiennachzugs, nämlich noch 34 100 (-5,1 Prozent). Ende September 2016 lebten gemäss SEM total 2 021 525 Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz, 1,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. (sda)

Bundesfinanzen: Prognosefehler am Laufmeter

Seit Jahren prognostiziert der Bund grosse Defizite - und erzielt dann noch grössere Überschüsse. Was dahintersteckt.

Felix Schindler

2,7 Milliarden Franken. Dieser enorme Betrag liegt zwischen dem Bundesbudget des laufenden Jahres und den jüngsten Hochrechnungen der Finanzverwaltung («Bund» von gestern). Wer das als Rechnungsfehler bezeichnet, löst beim Finanzdepartement geharnischte Reaktionen aus. Es handle sich um «Sondereffekte» und «dynamische» Entwicklungen aufgrund der Negativzinsen, so die Sprachregelung des Bundes.

In den letzten zwölf Jahren schloss die Bundesrechnung immer besser ab als budgetiert - mit einer Ausnahme. 2014 rechnete der Bund mit einem Plus von 120 Millionen, tatsächlich resultierte ein Minus in gleicher Höhe. Durchschnittlich hat sich der Bund um 2,6 Milliarden verschätzt, am grössten waren die Prognosefehler in den Jahren 2008 (6,2 Milliarden) und 2010 (5,6 Milliarden).

Um Faktor 55 verschätzt

Nicht nur beim Bundesbudget liegen Prognosen und Realität zuweilen weit auseinander. Auch in der Altersvorsorge sind mehrfach Defizite prognostiziert worden, und schliesslich resultierte ein Überschuss. Im Jahr 2000 sagte der Bundesrat voraus, dass die AHV 2010 mit 4 Milliarden im Minus stehen werde. Tatsächlich schrieb die AHV 2010 ein Plus von 643 Millionen.

Am stärksten hat sich der Bund bei der Unternehmenssteuerreform II verschätzt. Über das Paket wurde im Jahr 2008 abgestimmt. Der Bundesrat sagte kurzfristige Mindereinnahmen von 83 Millionen voraus. «Maximal» würden die Auswirkungen der Reform 850 Millionen Franken ausmachen, hiess es damals im Abstimmungsbüchlein. Das Volk sagte Ja zur Unternehmenssteuerreform II - und die Schweizer Unternehmen begannen, Kapitalreserven im Umfang von mehreren Hundert Milliarden steuerbefreit an ihre Aktionäre auszuzahlen. Zu welchen Steuerausfällen das führte, weiss bis heute niemand so genau. 2012 kam eine Berechnung des «Bund», gestützt auf Angaben der Bundesverwaltung, zum Schluss, dass der mögliche Ausfall 47 Milliarden beträgt - 55-mal so viel, wie zuvor im Abstimmungsbüchlein als Maximalausfall vorhergesagt worden war.

«Liegt in der Natur der Sache»

Die Bundesfinanzen würden systematisch schlechtergeredet, kritisieren die Linken. Mit pessimistischen Budgets werde ein «Leistungsabbau vor Vorrat» legitimiert, sagte SP-Finanzpolitiker Philipp Hadorn nach der Präsentation der Bundesrechnung 2015. Philipp Rohr, Kommunikationsverantwortlicher bei der Finanzverwaltung, entgegnet: Was den ordentlichen Bundeshaushalt betreffe, so liege eine gewisse Differenz zwischen Budget und Rechnung «in der Natur der Sache». Das Budget werde jeweils im Sommer des Vorjahres erstellt. «Zu diesem Zeitpunkt können wir nicht genau vorhersagen, was im Rechnungsjahr geschieht», so Rohr. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, bewusst pessimistisch zu budgetieren. «Das machen wir nicht.» Allerdings führe «die Budgetmechanik» zu systematischen Budgetunterschreitungen. «Die rund 80 Verwaltungseinheiten der Departemente rechnen jeweils ein kleines Polster in ihre Budgets mit ein, weil sie die Kredite nicht überschreiten dürfen.» Dies führe pro Jahr zu kumulierten Minderausgaben von rund einer Milliarde.

Dem steht die Aussage eines früheren Finanzvorstehers gegenüber. Alt-Bundesrat Hans-Rudolf Merz (FDP) übernahm das Finanzdepartement 2004, dem ersten Jahr in der langen Reihe von riesigen Überschüssen. Nach seinem Rücktritt hatte er sinnigermass verlauten lassen, ein pessimistisches Budget liege durchaus im Interesse eines Finanzministers. Das Parlament werde zur Ausgabenzielen ermahnt. Und wenn die Rechnung dann besser abschliesse, stehe er als verantwortungsvoller Kassenwart da und werde gefeiert.